

sen, zumal es der Bundesrat ja auch entgegennehmen will. Ich denke, auch er wird in bezug auf die Bundesfinanzen soviel Verantwortungsgefühl haben, dass er weiss, was er macht.

**Theubet** Gabriel (C, JU), rapporteur: La Commission de l'économie et des redevances entend par ce postulat assurer l'atténuation des conséquences négatives du Gatt pour les revenus agricoles.

Aux termes de ce postulat, le Conseil fédéral devrait veiller à ce que les ressources libérées du fait de la baisse des droits de douane et de la diminution des subventions aux exportations soient toujours affectées à l'agriculture ou soient transformées en paiements directs. Il faut voir là un acte de solidarité envers un secteur qui sera particulièrement touché par le Gatt.

Il est vrai que la commission a émis quelques réserves concernant les conséquences financières de ce postulat. C'est pourquoi elle a demandé à être informée de manière plus précise par le Département fédéral de l'économie publique à ce sujet. La réponse qui nous est parvenue aujourd'hui est de nature à lever les réticences manifestées, et je vous demande, au nom de la commission, d'accepter ce postulat.

#### Abstimmung – Vote

Für Überweisung des Postulates  
Dagegen

81 Stimmen  
33 Stimmen

92.424

### Parlamentarische Initiative (Rychen) Neue Verfassungsgrundlage für die Landwirtschaft Initiative parlementaire (Rychen) Article constitutionnel sur l'agriculture

#### Fortsetzung – Suite

Siehe Jahrgang 1993, Seite 2137 – Voir année 1993, page 2137  
Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

**David** Eugen (C, SG) unterbreitet im Namen der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) den folgenden schriftlichen Bericht (Ergänzung zum ersten Bericht, AB 1993 N 2137):

#### Erwägungen der Kommission

Beschluss des Nationalrates vom 1. Dezember 1993  
Der Nationalrat hat das Geschäft 92.070 «Landwirtschaft. Volksinitiativen» an die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Finanzierung der Direktzahlungen zu regeln und eine ausgewogene Vorlage auszuarbeiten, die die finanziellen Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und Landwirtschaft aufzeigt. Infolge dieses Beschlusses musste er die Frist für die Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft» um ein Jahr verlängern.

Der Rat hat auch die Behandlung der parlamentarischen Initiative Rychen auf Antrag des Initianten verschoben, der beantragt hatte, die Initiative aufrechtzuerhalten, bis das Parlament einen klaren Entscheid zum neuen Verfassungsartikel über die Landwirtschaft gefasst habe.

Beratungen der WAK-NR vom 15. August 1994

Da die Frage der Finanzierung der Direktzahlungen geregelt ist, hält die Kommission ohne weitere Diskussion an ihrem Antrag fest, dieser Initiative keine Folge zu geben.

**David** Eugen (C, SG) présente au nom de la Commission de l'économie et des redevances (CER) le rapport écrit suivant (complément au premier rapport, BO 1993 N 2138):

#### Considérations de la commission

Décision du Conseil national du 1er décembre 1993

Le Conseil a renvoyé l'objet 92.070 «Agriculture. Initiatives populaires» en commission avec mandat d'assurer le financement des paiements directs et d'élaborer un projet pondéré qui mette en évidence les répercussions financières sur notre économie et notre agriculture. Suite à cette décision, il a été contraint de prolonger d'un an le délai pour l'initiative populaire «pour une agriculture paysanne compétitive et respectueuse de l'environnement».

Le Conseil a également renvoyé le traitement de l'initiative parlementaire Rychen sur demande de ce dernier. En effet, l'auteur de l'initiative a proposé que celle-ci soit maintenue jusqu'à ce que le Parlement ait pris une décision claire relative à un nouvel article constitutionnel sur l'agriculture.

Délibérations de la CER-CN du 15 août 1994

La discussion du financement des paiements directs ayant été réglée, la commission maintient, sans discussion, sa proposition de ne pas donner suite à cette initiative.

#### Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 14 gegen 0 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben.

#### Proposition de la commission

La commission propose, par 14 voix sans opposition, de ne pas donner suite à l'initiative.

#### Angenommen – Adopté

93.444

### Parlamentarische Initiative (Engler) Förderung einer dynamischen Landwirtschaft Initiative parlementaire (Engler) Encouragement d'une agriculture dynamique

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

#### Wortlaut der Initiative vom 30. September 1993

Die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die neuen Anforderungen des Marktes sowie auf die Sicherung und den Gewinn von Exportmärkten verlangt eine Anpassung der Strukturen. Diese Anpassung muss begleitet werden, damit kontraproduktive Fehlentwicklungen vermieden werden können. Wir verlangen dazu, in der Form einer allgemeinen Anregung, einen Bundesbeschluss zur Förderung einer dynamischen Landwirtschaft. Der Bundesbeschluss soll folgenden Inhalt haben:

1. Anerkennung der EG-Produktvorschriften bei landwirtschaftlichen Produktionsmitteln

Ein ansehnlicher Teil landwirtschaftlicher Produktionsmittel wird importiert. Eine Anerkennung der Produktvorschriften der EG hätte eine rasche produktionskostensenkende Wirkung. Zudem könnten einige staatliche Prüfverfahren eingespart werden.

2. Ausrichten der Marktordnungen auf die Erfordernisse offener Märkte

Die offeneren Märkte und das Ziel, Marktanteile zu sichern oder auch auszuweiten, erfordern eine Revision der geltenden Marktordnungen (insbesondere Michmarktordnungen,

Fleisch- und Getreidemarktordnung). Die Revisionen sollen offensives Marktverhalten unterstützen, aber auch eine Monopolisierung zu Lasten der ländlichen Wirtschaftsstrukturen verhindern. Denn der Markt für die wenig differenzierbaren Agrargüter unterliegt einem starken Konzentrationsdruck.

### 3. Finanzierung der Direktzahlungen

Die Finanzierung der Direktzahlungen nach den Artikeln 31a und 31b muss mit fünfjährigen Rahmenkreditverpflichtungen sichergestellt werden. Der erste Rahmenkredit soll die Finanzierung der Direktzahlungen in den Jahren 1994 bis 1998 sicherstellen.

### 4. Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen aus Massnahmen zum Schutze der Umwelt

Die Nutzung der Kulturlandschaft ist standortgebunden. Agrargüter können aber weltweit gehandelt werden. Massnahmen zum Schutze der Umwelt sind nach den spezifischen Bedürfnissen eines Landes auszurichten. Sie schränken in der Regel die Anwendung von gewinnmaximierenden Produktionstechniken ein und haben somit eine teurere Produktion zur Folge. Bei offeneren Grenzen entstehen dadurch standortgebundene Wettbewerbsnachteile für die landwirtschaftliche Produktion. Durch Importe von billigeren Agrargütern kann somit das agrarpolitische Ziel der nachhaltigen Nutzung und Pflege unserer natürlichen Lebensgrundlagen untergraben werden. Der Ausgleich aller standortgebundenen Wettbewerbsnachteile der schweizerischen Landwirtschaft über Direktzahlungen wird rasch an die Grenzen der finanzpolitischen Möglichkeiten des Bundes und auch an Grenzen der politischen Akzeptanz kommen. Unter der Beachtung der geringsten Wohlstandsverluste muss der Bund ergänzend zu den Direktzahlungen zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen auch weiterhin über zusätzliche Instrumente verfügen können. Im Vordergrund stehen dafür Zölle, globale Einfuhrkontingente und Quoten.

### 5. Investitionspolitik

Die in der Landwirtschaft ablaufenden Veränderungsprozesse lösen Investitionsvolumen aus. Einerseits werden Infrastrukturen aufgegeben, und andererseits müssen neue erstellt werden, damit eine wettbewerbsfähige Bewirtschaftung möglich bleibt. Jungen Landwirten, die entwicklungsfähige Betriebe übernehmen, oder Landwirten, die ihre Betriebe erweitern, soll die Finanzierung der Betriebsübernahme oder -erweiterung sowie der Folgeinvestitionen erleichtert werden. Zu den Voraussetzungen für die Gewährung der Finanzierungshilfen (zinslose oder zinsverbilligte Mittel) gehören ausgewiesene unternehmerische Qualitäten des Empfängers sowie eine längerfristig angelegte Investitionsplanung, die sicherstellt, dass die unterstützten Investitionen für den Betrieb nutzbringend und verkraftbar sind.

### 6. Altersbedingter Rückzug erleichtern

Auf rund einem Drittel der Höfe findet sich heute kein Nachfolger. Die finanziellen Verhältnisse führen dazu, dass Bewirtschafter auch nach dem Erreichen des AHV-Alters die Bewirtschaftung des Hofes aufrechterhalten. Bauern ab dem Alter von 55 Jahren soll es deshalb finanziell ermöglicht werden, freiwillig die Bewirtschaftung ihres Hofes an andere Betriebe zu übergeben.

### 7. Weiterbildungsoffensive

Eine besondere Weiterbildungsoffensive in der Landwirtschaft muss Bauern und Bäuerinnen, die in einen anderen Beruf wechseln möchten, sinnvolle Umschulungsmöglichkeiten anbieten. Für Bauern und Bäuerinnen, die ihren Beruf weiter ausüben wollen, muss mit Weiterbildungsmöglichkeiten geholfen werden, mit den Veränderungen besser umgehen zu können.

### 8. Effizientere Gestaltung der Bundesausgaben für die Landwirtschaft

Angesichts der knappen Mittel des Bundes und der übrigen Bundesaufgaben, die ebenfalls zum Ziel haben, den tiefgreifenden Wandel in der übrigen Wirtschaft abzufedern, sind die verfügbaren Mittel beschränkt. Für die Agrarpolitik soll der Umfang des Budgets real gesichert bleiben. Um die neuen Herausforderungen trotzdem angehen zu können, sind bei der Verteilung der Mittel die Prioritäten neu zu bestimmen. Neue Massnahmen sind demzufolge primär über die Verlagerung von bestehenden Mitteln zu finanzieren.

### Texte de l'initiative du 30 septembre 1993

Si l'on veut que l'agriculture s'oriente vers les nouvelles exigences du marché et qu'elle s'assure des marchés d'exportation ou en gagne de nouveaux, il faut qu'elle adapte ses structures. Cette adaptation doit être encouragée afin que l'on puisse éviter des erreurs contre-productives. Nous demandons à cet égard, sous la forme d'une initiative conçue en termes généraux, que soit élaboré un projet d'arrêté fédéral visant à encourager une agriculture dynamique. Cet arrêté portera sur les points suivants:

1. Reconnaissance des dispositions de la CE sur les produits s'agissant des moyens de production agricole

Une part importante des moyens de production agricole est importée. La reconnaissance des dispositions de la CE sur les produits entraînerait une baisse rapide des coûts de production. Cela permettrait en outre d'épargner un certain nombre de contrôles de l'Etat.

2. Adaptation des réglementations du marché aux exigences découlant de la libéralisation

Du fait de l'ouverture des marchés et en vue d'assurer à l'agriculture des parts de marché ou de lui permettre d'en gagner de nouvelles, il faut réviser les réglementations en vigueur (celles notamment concernant le marché des produits laitiers, de la viande et des céréales). Les révisions doivent encourager un comportement offensif sur le marché, mais aussi empêcher une monopolisation au détriment des structures économiques rurales. Le marché des produits agricoles pour lesquels l'offre est rigide subit en effet une forte pression due à la concentration.

3. Financement des paiements directs

Le financement des paiements directs selon les articles 31a et 31b Lagr doit être assuré au moyen de crédits de programme de cinq ans. Le premier crédit de programme doit garantir le financement des paiements directs pour les années 1994 à 1998.

4. Compensation des désavantages en matière de concurrence résultant des mesures de protection de l'environnement

L'utilisation des surfaces agricoles est liée à l'emplacement de celles-ci. Or, les produits agricoles peuvent être vendus dans le monde entier. Les mesures de protection de l'environnement quant à elles sont spécifiques à un pays. En général, elles restreignent l'utilisation de techniques de production permettant d'accroître les gains et entraînent de ce fait un renchérissement de la production. L'ouverture des frontières engendre donc des désavantages en matière de concurrence liés à l'emplacement de la production agricole. L'importation de produits agricoles bon marché peut aller à l'encontre de l'objectif fixé dans notre politique agricole, à savoir l'exploitation durable et l'entretien de nos ressources naturelles. La compensation de tous les désavantages en matière de concurrence liés à l'emplacement, par la voie des paiements directs alloués aux agriculteurs, se heurtera vite aux possibilités financières de la Confédération ainsi qu'aux limites de ce qui est acceptable politiquement. Devant maintenir à un niveau minimum la diminution du niveau de vie, la Confédération doit pouvoir continuer à disposer d'instruments supplémentaires, complétant les paiements directs, pour compenser les désavantages en matière de concurrence. Il faut envisager en premier lieu des droits de douane, des contingents globaux à l'importation et des quotas.

5. Politique d'investissement

Les changements qui interviennent dans l'agriculture engendrent des investissements. D'une part, des infrastructures sont abandonnées, d'autres doivent être mises sur pied afin qu'une exploitation compétitive reste possible. Lorsque de jeunes agriculteurs veulent reprendre des exploitations dignes d'être développées ou que des agriculteurs veulent agrandir leur exploitation, il faut leur faciliter le financement de telles opérations ainsi que les investissements subséquents. L'octroi d'aides financières (prêts sans intérêts ou à des taux préférentiels) doit être assujéti à des conditions: le bénéficiaire doit faire la preuve de ses qualités d'entrepreneur et avoir établi un plan d'investissement à long terme, garantissant que les investissements soutenus par une aide sont lucratifs et supportables pour l'exploitation.

## 6. Retraite facilitée

Aujourd'hui il n'y a pas de successeur pour près d'un tiers des exploitations. Or, les conditions financières sont telles que l'agriculteur continue d'exploiter ses terres même après avoir atteint l'âge de l'AVS. Il faut prendre des mesures pour que l'agriculteur puisse financièrement, dès l'âge de 55 ans, remettre volontairement l'exploitation de sa ferme à d'autres entreprises.

## 7. Encouragement du perfectionnement professionnel

Un encouragement particulier du perfectionnement professionnel dans l'agriculture doit offrir aux paysans et aux paysannes qui désirent apprendre un autre métier des possibilités judicieuses de recyclage. Aux agriculteurs qui désirent continuer à exercer leur profession, il faut proposer des possibilités de perfectionnement qui leur permettent de mieux s'adapter aux changements.

## 8. Meilleure répartition des dépenses de la Confédération pour l'agriculture

Compte tenu du fait que la Confédération ne dispose pas de grands moyens financiers et qu'elle doit supporter d'autres dépenses dans le but de soutenir d'autres branches de l'économie en mutation, les moyens disponibles sont restreints. Pour la politique agricole, le cadre budgétaire devrait rester le même en termes réels. Afin de pouvoir relever malgré tout les nouveaux défis, il faut revoir les priorités dans la répartition des fonds. Les nouvelles mesures envisagées doivent donc en premier lieu être financées grâce à une répartition différente des fonds disponibles.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Binder, Bircher Peter, Bürgi, Daepf, Dormann, Jäggi Paul, Leu Josef, Raggenbass, Ruckstuhl, Rutishauser, Schnider, Stamm Judith, Wittenwiler (13)

**David** Eugen (C, SG) unterbreitet im Namen der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) den folgenden schriftlichen Bericht:

### 1. Stand der Arbeiten der Bundesversammlung und der Verwaltung zum gleichen Gegenstand

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat der Kommission am 18. Juli 1994 auf deren Ersuchen einen Bericht vorgelegt, in dem zu den Punkten 1, 4 und 6 der parlamentarischen Initiative Engler über den Stand der Arbeiten in der Bundesverwaltung informiert wird.

Punkt 1: Anerkennung der EU-Produktvorschriften bei landwirtschaftlichen Produktionsmitteln

Nach Auskunft der Verwaltung ist auf Gesetzesstufe eine Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Landwirtschaft beauftragt worden, einen Vorschlag zu einer Änderung der Artikel 41 bis 41d und 70 bis 76 des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 1951 vorzubereiten, die es ermöglichen soll, auf Verordnungsstufe eine vollständige Anpassung an die Regelungen innerhalb der EU vorzunehmen, soweit dies sinnvoll ist. Es ist vorgesehen, den Revisionsvorschlag im August 1994 in Vernehmlassung zu geben, zusammen mit einer Änderung der Gesetzesbestimmungen zum Pflanzenschutz, die ebenfalls an die EU angepasst werden sollen.

Auf Stufe des Bundesrates ist die alte Hilfsstoffverordnung vom 4. Februar 1955 auf den 1. Januar 1994 aufgehoben worden. An deren Stelle sind vier neue Verordnungen getreten: die Dünger-, die Futtermittel-, die Saatgut- und die Pflanzenbehandlungsmittel-Verordnung. Diese Verordnungen sind, soweit dies bereits möglich ist, mit den internationalen Bestimmungen harmonisiert worden. Auf diese Weise haben bisher bestehende Handelshemmnisse im Verkehr mit der EU abgebaut werden können.

Wie ein Bericht der Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik aufzeigt, müssen die schweizerischen Zulassungsvorschriften für Landmaschinen und Traktoren den EU-Normen angepasst werden. Die entsprechenden Verordnungen sind dementsprechend geändert worden.

Punkt 4: Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen aus Massnahmen zum Schutze der Umwelt

Nach heutigem Gatt-Recht ist es nicht möglich, unterschiedliche Produktionsvorschriften und Auflagen mit Massnahmen

an der Grenze auszugleichen. Somit ist ein Ausgleich von ökologischen Auflagen mit Massnahmen an der Grenze wie höheren Zöllen oder mengenmässigen Einfuhrbeschränkungen grundsätzlich nicht zulässig.

Die einheimische Nahrungsmittelproduktion ist deshalb in ihrer Attraktivität über den Markenschutz, die Positionierung im Ausland und mit Massnahmen im Zusammenhang mit Artikel 31b des Landwirtschaftsgesetzes aufzuwerten.

Das Markenschutzrecht wird zurzeit revidiert, damit es mit den entsprechenden EU-Bestimmungen kompatibel wird. Die verschiedenen gesetzlichen Änderungen erlauben in Zukunft den Schutz der Herkunftsangaben und die Bescheinigung besonderer Merkmale. Qualitätszeichen und Zeichen, die für eine bestimmte Produktionsweise stehen (integrierte Produktion, biologischer Anbau usw.), können dann verwendet werden, wenn der Bund dafür entsprechende Minimalanforderungen definiert hat. Die Entwürfe zur Revision des Markenschutzgesetzes und zu den notwendigen Änderungen des Landwirtschaftsgesetzes sind zurzeit in Vernehmlassung.

Punkt 6: Erleichterung des altersbedingten Rückzuges

Im 7. Landwirtschaftsbericht erwähnt der Bundesrat, dass zum Thema der Vorruhestandsregelung die Abklärungen weitergeführt werden. In der parlamentarischen Beratung wurde ein Postulat der WAK-SR überwiesen, in dem der Bundesrat eingeladen wird, die im 7. Landwirtschaftsbericht unter Ziffer 358, Teil 3, vorgesehenen sozialen Massnahmen näher zu prüfen und, soweit geeignet, möglichst rasch die entsprechenden Gesetzesbestimmungen vorzubereiten. Das EVD hat am 4. Dezember 1992 eine ausserparlamentarische Expertenkommission «Agrarwirtschaft» eingesetzt mit dem Auftrag, konkrete Vorschläge vorzulegen. Die für die Prüfung der Erleichterung des altersbedingten Rückzugs aus der Landwirtschaft zuständige Arbeitsgruppe hat vor allem Massnahmen untersucht, die es ermöglichen, Betriebsleitern von auslaufenden Betrieben einen Anreiz zur vorzeitigen Pensionierung zu geben und verbleibenden Betrieben schneller zusätzliche Flächen und Produktionsrechte verfügbar zu machen.

Die Expertenkommission «Agrarwirtschaft» hat ihren Schlussbericht bis Ende 1994 dem EVD zu unterbreiten.

### 2. Aufwand und Zeitplan der parlamentarischen Arbeit

Wenn der Rat beschliesst, der Initiative Folge zu geben, muss er eine Kommission beauftragen, einen Entwurf auszuarbeiten und innert zwei Jahren, d. h. bis zur Herbstsession 1996, einen Bericht vorzulegen. Gibt er ihr keine Folge, ist das Geschäft erledigt.

### 3. Möglichkeit, das angestrebte Ziel mit einer Motion oder einem Postulat zu erreichen

Die Kommission hat diese Möglichkeit für die Punkte 3 und 6 der Initiative ins Auge gefasst. In einer ersten Abstimmung hat sie sich für eine Umwandlung dieser beiden Punkte in eine Motion ausgesprochen. An der Schlussabstimmung beschloss die grosse Mehrheit allerdings, dem Rat nicht zu beantragen, die Motionen zu überweisen.

### 4. Zweckmässigkeit der Behandlung, wenn über den gleichen Gegenstand eine Volksinitiative zustande gekommen ist

Die Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft» (Initiative des Schweizerischen Bauernverbandes) wird zurzeit von den eidgenössischen Räten behandelt und sollte in der kommenden Herbstsession zur Schlussabstimmung gelangen. Diese Initiative wird zusammen mit der Volksinitiative «Bauern und Konsumenten – für eine naturnahe Landwirtschaft» (Bauern- und Konsumenteninitiative) in der Botschaft des Bundesrates vom 19. August 1992 (92.070 Landwirtschaft. Volksinitiativen) behandelt. Der Ständerat hatte am 15. Juni 1993 – gestützt auf Artikel 28 des Geschäftsverkehrsgesetzes – beschlossen, die Beratung der Bauern- und Konsumenten-Initiative zu verschieben.

Für die Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» (Kleinbauern-Initiative) werden zurzeit Unterschriften gesammelt. Die Sammelfrist läuft am 1. Dezember 1994 ab.

Diese drei in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes vorliegenden Volksinitiativen verlangen die Ausarbeitung eines neuen Landwirtschaftsartikels in der Bundesverfassung. Es ist des-

halb zweckmässig, die parlamentarische Initiative zu behandeln, weil diese nicht wie die Volksinitiativen eine Verfassungsänderung, sondern einen Bundesbeschluss verlangt.

#### *Begründung des Initianten*

Die Kommission hörte den Initianten am 31. Januar 1994 an. Nach seiner Auffassung liegt es primär am Parlament, sich um die Entwicklung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik zu kümmern. Er begründet die Initiative damit, dass eine unternehmerische Offenheit bestehen müsse, die den Bauern ihre Verantwortung belässt. Die Politik habe der Landwirtschaft die Rahmenbedingungen zu garantieren, doch bestehe über die künftige Konzipierung dieser Rahmenbedingungen zurzeit grosse Unsicherheit. Angesichts dessen, dass durch die Öffnung der Märkte die Schweiz mit billigeren Produkten überschwemmt wird und sich somit auf die Marktanteile unserer Produkte auswirkt, möchte die Initiative die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Landwirtschaftsprodukte fördern. Deshalb seien Massnahmen zur Erhaltung dieser Marktanteile zu treffen. Die Sicherung von Marktanteilen könne nur erreicht werden, indem die Produktivität der schweizerischen Landwirtschaft erhöht werde. Wichtig ist daher für den Initianten die Einleitung einer dynamischen Entwicklung der Landwirtschaft.

#### *Erwägungen der Kommission*

Einige Mitglieder der Kommission sprachen sich gegen diese Initiative aus und verwiesen darauf, dass gewisse der geforderten Massnahmen bereits realisiert worden sind oder im Begriff sind, realisiert zu werden; ausserdem ist es nach ihrer Auffassung nicht Sache des Staates, im Dynamisierungsprozess aktiv zu werden. Andere Mitglieder können einen landwirtschaftlichen Strukturwandel nicht akzeptieren, der auf eine Vergrösserung und Isolierung der Betriebe hinausläuft. Schliesslich wurde auch die Meinung vertreten, dass es aus formellen Gründen nicht sinnvoll ist, weitere parlamentarische Vorstösse zu einem Thema einzureichen, über das bereits ein neuer Verfassungsartikel zur Beratung steht.

Ein Teil der Kommission unterstützt die Initiative und ist der Auffassung, dass eine aktive und dynamische Landwirtschaft einer starren und isolierten vorzuziehen ist. Ausserdem seien gewisse Punkte der Initiative noch nie zur Sprache gekommen und es lohne sich, sich damit auseinanderzusetzen.

Nach den verschiedenen Stellungnahmen beschloss die Kommission, die Initiative punktweise durchzugehen und dabei abzuklären, ob vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement ein Bericht über den Stand der Arbeiten in der Verwaltung eingeholt werden soll. Sie war der Meinung, dass sich dies lediglich für die Punkte 1, 4 und 6 der Initiative rechtfertigt, weil die anderen Punkte bereits von Expertenkommissionen geprüft werden und es nicht angeht, hier Doppelspurigkeiten zu betreiben.

Am 15. August 1994 sprachen sich die Kommission und der Initiant zum Bericht des EVD aus (vgl. Punkt 1 dieses Berichtes). Herr Engler nahm davon mit Interesse Kenntnis, bemängelte aber, dass konkrete Massnahmenvorschläge fehlen. Er hielt daran fest, besonders bezüglich der Punkte 3 und 6 der Initiative konkrete Schritte zu unternehmen, und zwar in Form einer Kommissionenmotion, wenn die Kommission in diesem Bereich nicht selbst gesetzgeberisch tätig sein will. Im übrigen zog er die Punkte 1, 2, 4, 5, 7 und 8 seiner Initiative zurück.

Die Kommission hielt es nicht für sinnvoll, zum heutigen Zeitpunkt konkrete Massnahmen in bezug auf die Finanzierung der Direktzahlungen und auf die Erleichterung des altersbedingten Rückzugs zu treffen (Punkte 3 und 6 der Initiative). Die Kommission hatte gleichentags (d. h. am 15. August 1994) einen dritten Absatz zum neuen Verfassungsartikel 31 octies mit folgendem Wortlaut angenommen: «Der Bund setzt dafür zweckgebundene Mittel aus dem Bereich der Landwirtschaft und allgemeine Bundesmittel ein.» Sie erinnerte im weiteren daran, dass Rahmenkredite keine Garantie für die Finanzierung der Direktzahlungen sind. Was die Erleichterung des altersbedingten Rückzugs betrifft, ist die Kommission nicht überzeugt, dass ein dringender Handlungsbedarf vorliegt. Diese Frage muss sorgfältig geprüft werden, da hier auch in das Bo-

denrecht und das Pachtrecht eingegriffen wird. Es wäre deshalb besser, die Ergebnisse der mit dieser Frage betrauten Expertenkommission abzuwarten.

**David** Eugen (C, SG) présente au nom de la Commission de l'économie et des redevances (CER) le rapport écrit suivant:

1. Etat des travaux de l'Assemblée fédérale et de l'administration sur le même objet

Le Département fédéral de l'économie publique a élaboré, sur demande de la commission, un rapport daté du 18 juillet 1994 qui présente l'état des travaux de l'administration relatifs aux points 1, 4 et 6 de l'initiative parlementaire Engler.

Point 1: Reconnaissance des dispositions de la CE sur les produits s'agissant des moyens de production agricole

L'administration informe qu'à l'échelon de la loi, un groupe de travail a été formé au sein de l'Office fédéral de l'agriculture pour élaborer une modification des articles 41 à 41d et 70 à 76 de la loi du 3 octobre 1951 sur l'agriculture, destinée à ajuster l'ensemble des ordonnances à la réglementation européenne dans la mesure où c'est indiqué. Il est prévu de soumettre cette révision à consultation en août 1994, en même temps que les modifications des dispositions sur la protection des plantes, qui seront également adaptées au droit européen.

A l'échelon du Conseil fédéral, l'ancienne ordonnance du 4 février 1955 sur les matières auxiliaires de l'agriculture a été abrogée au 1er janvier 1994. Elle a été remplacée par quatre nouvelles ordonnances, concernant les engrais, les aliments pour animaux, les semences et les produits de traitement des plantes, toutes déjà adaptées aux dispositions internationales dans la mesure où cela est possible actuellement; il en est résulté une diminution des obstacles techniques au commerce avec l'Union européenne.

En matière d'homologation des machines agricoles et des tracteurs, un rapport de la Station de recherches en économie et technologie agricole fait ressortir qu'il convient d'ajuster nos prescriptions aux normes de l'UE. Les ordonnances y relatives ont été modifiées dans ce sens.

Point 4: Compensation des désavantages en matière de concurrence résultant des mesures de protection de l'environnement

Les règles actuelles du Gatt n'autorisent pas de mesures à la frontière servant à compenser les prescriptions et les charges disparates que les différents pays imposent à la production. En principe, il est donc interdit de compenser des charges écologiques par des mesures à la frontière comme droits de douane accrus ou limitations quantitatives des importations.

Il est donc nécessaire de valoriser aux yeux des consommateurs la production indigène par l'intermédiaire de la protection des marques, du positionnement à l'étranger ainsi qu'à l'aide de l'article 31b de la loi sur l'agriculture.

Le droit sur la protection des marques est actuellement en révision, en vue de le rendre compatible avec le droit de l'UE. Les diverses modifications législatives permettront à l'avenir de protéger les attestations de provenance et les attestations de spécificité. En complément, des dénominations de qualité et des dénominations se référant à des procédés de production particuliers (production intégrée, en provenance de culture biologique, etc.) peuvent être accordées, à condition que la Confédération ait fixé les exigences minimales requises pour en bénéficier. Les projets de révision du droit sur la protection des marques ainsi que les adaptations nécessaires de la législation agricole sont actuellement en consultation.

Point 6: Retraite facilitée

Dans le 7e rapport sur l'agriculture, le Conseil fédéral note que l'étude des questions touchant la préretraite sera poursuivie. Lors des débats, le Parlement a transmis un postulat de la CER-CE invitant le Conseil fédéral à examiner de façon plus précise les mesures sociales mentionnées sous chiffre 358, 3ème partie, du 7e rapport sur l'agriculture, et à préparer les mesures législatives correspondantes dans les meilleurs délais. Le DFEP a institué, le 4 décembre 1992, une commission d'experts extraparlamentaire «Economie rurale» chargée de faire des propositions concrètes. Le groupe de travail chargé d'étudier les mesures propres à faciliter la cessation d'exploit-

tation des agriculteurs ayant atteint un certain âge, a examiné avant tout des mesures incitant à la préretraite les chefs d'exploitations dont l'entreprise est sur le déclin et mettant plus rapidement des surfaces supplémentaires et des droits de produire à la disposition des autres exploitations.

La commission d'experts «Economie rurale» devra livrer son rapport final au DFEP d'ici fin 1994.

2. Ampleur et calendrier du travail parlementaire qu'imposerait l'initiative

Si le Conseil décide de donner suite à l'initiative, il devra charger une commission d'élaborer un projet et de déposer un rapport d'ici deux ans, c'est-à-dire pour la session d'automne 1996. S'il ne donne pas suite, l'objet est liquidé.

3. Possibilité de transformer l'initiative en motion ou postulat pour atteindre le but visé

La commission a envisagé cette possibilité pour les points 3 et 6 de l'initiative. Elle a estimé, dans un premier vote préliminaire, qu'il était préférable de transformer ces deux points en motion de la commission. Elle a toutefois décidé, à une large majorité, de ne pas proposer au plénum de transmettre les motions.

4. Opportunité de traiter l'initiative lorsqu'une initiative populaire a abouti sur le même objet

L'initiative populaire «pour une agriculture paysanne compétitive et respectueuse de l'environnement» (initiative de l'Union suisse des paysans) est actuellement discutée par les Chambres fédérales et devrait passer en votation finale lors de la session d'automne 1994. Cette initiative ainsi que l'initiative populaire «Paysans et consommateurs – pour une agriculture en accord avec la nature» (initiative des paysans et des consommateurs) ont été regroupées dans un seul message du Conseil fédéral, daté du 19 août 1992 (objet 92.070 Agriculture. Initiatives populaires). Le Conseil des Etats a décidé, le 15 juin 1993, de suspendre, en vertu de l'article 28 de la loi sur les rapports entre les conseils, le traitement de l'initiative des paysans et des consommateurs.

L'initiative populaire «pour des produits alimentaires bon marché et des exploitations agricoles écologiques» (initiative des petits paysans) en est au stade de la récolte des signatures, le délai imparti étant le 1er décembre 1994.

Ces trois initiatives populaires, présentées sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces, demandent l'élaboration d'un nouvel article agricole dans la constitution. Il est par conséquent opportun de traiter l'initiative parlementaire Engler puisque celle-ci, contrairement aux initiatives populaires, ne porte pas sur la constitution mais sur un projet d'arrêté fédéral.

#### *Développement de l'auteur de l'initiative*

L'auteur de l'initiative a été entendu le 31 janvier 1994. Il a insisté sur le fait qu'il appartient en premier lieu au Parlement de s'occuper du développement de la future politique agricole. Il motive le dépôt de l'initiative en soulignant qu'il est important que les paysans puissent encore être assimilés à des entrepreneurs et qu'on leur laisse des responsabilités. La politique doit garantir à l'agriculture des conditions-cadres. En Suisse, demeurent de grandes incertitudes quant à leur évolution. L'initiative vise à encourager la capacité concurrentielle des produits agricoles indigènes étant donné que l'ouverture des marchés entraînera un afflux de produits moins coûteux et influencera donc les parts de marché de nos produits. Il faut donc prendre des mesures visant à maintenir ces parts de marché. Et cela ne peut se faire qu'en augmentant la productivité de l'agriculture suisse. Il est donc essentiel de mettre en place et d'encourager une agriculture dynamique.

Certains membre de la commission se sont opposés à cette initiative. Ils estiment que certaines mesures réclamées ont déjà été réalisées ou sont en phase de réalisation et qu'il n'appartient pas à l'Etat d'être actif dans le processus de dynamisation. D'autres ne peuvent accepter une évolution des structures allant dans le sens d'un agrandissement et d'une intensification des exploitations. Enfin, certains, pour des raisons formelles, considèrent qu'il est inutile de continuer à déposer des interventions parlementaires, alors qu'un nouvel article constitutionnel est en discussion.

#### *Considérations de la commission*

Une partie de la commission a soutenu l'initiative et est d'avis qu'il vaut mieux choisir une agriculture active et dynamique plutôt qu'une agriculture statique et repliée sur elle-même. De plus, certains points de l'initiative n'ont jamais été discutés et méritent qu'on s'y attarde.

Suite à ces diverses prises de position, la commission a décidé de traiter l'initiative point par point en se posant la question de savoir s'il fallait demander un rapport au Département fédéral de l'économie publique sur l'état des travaux. Elle a estimé que cela se justifiait uniquement pour les points 1, 4 et 6 de l'initiative. Les autres points sont à l'étude, notamment dans des commissions d'experts. Il serait donc malvenu d'agir en parallèle.

Le 15 août 1994, la commission et l'auteur de l'initiative ont discuté du rapport du DFEP (voir point 1 du présent rapport).

M. Engler en a pris connaissance avec intérêt tout en estimant qu'il y manque des propositions concrètes. Il maintient qu'il est nécessaire, en particulier pour les points 3 et 6 de l'initiative, d'aller de l'avant au moyen, si la commission ne veut pas légiférer elle-même, d'une motion de la commission. Par ailleurs, il retire les points 1, 2, 4, 5, 7, et 8 de son initiative.

La commission n'a pas jugé utile de prendre aujourd'hui des mesures concrètes en ce qui concerne le financement des paiements directs et la retraite facilitée (points 3 et 6 de l'initiative). La commission venait, ce même 15 août 1994, d'adopter un alinéa 3 au nouvel article constitutionnel sur l'agriculture (31octies) qui dit que: «La Confédération engage à ces fins des crédits à affectation spéciale du domaine de l'agriculture et des moyens généraux de la Confédération.» Elle rappelle, de plus, que des crédits-cadres ne constituent aucune garantie de financement des paiements directs. En matière de retraite facilitée, la commission n'est pas convaincue du besoin d'agir rapidement. Ce problème doit être étudié avec soin, car il n'est pas sans intervenir dans le droit foncier rural et dans le droit sur le bail à ferme agricole. Il vaut donc mieux attendre les résultats des travaux de la commission d'experts chargée de cette question.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt mit 15 gegen 4 Stimmen, den Punkten 3 und 6 der Initiative keine Folge zu geben.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose par 15 voix contre 4 de ne pas donner suite aux points 3 et 6 de l'initiative.

**Präsidentin:** Der Initiator, Herr Engler, hat mir mitgeteilt, dass er die Initiative zurückzieht. Damit ist das Geschäft erledigt.

#### *Zurückgezogen – Retiré*

93.3394

### **Interpellation Bundi**

#### **Einkommensabbau in der Berglandwirtschaft**

#### **Diminution des revenus dans l'agriculture de montagne**

#### *Diskussion – Discussion*

Siehe Seite 647 hiervoor – Voir page 647 ci-devant

**Bundi Martin (S, GR):** Im Laufe der Jahre 1992 und 1993 sickerte durch, dass der Bundesrat eine neue landwirtschaftliche Begriffsverordnung erlassen wolle. Nun mag man begrüssen, wenn Begriffe geklärt werden, insbesondere in der Landwirtschaftspolitik. Dem Wortlaut der neuen Verordnung, die

## **Parlamentarische Initiative (Engler) Förderung einer dynamischen Landwirtschaft**

### **Initiative parlementaire (Engler) Encouragement d'une agriculture dynamique**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.444
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.09.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1302-1306
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 410

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.